



AKTIV FÜR CHANCEN GLEICHHEIT

Gegen Hass und Gewalt

4/2024

„Hass, Hetze und Gewalt sind inakzeptabel“

Interview mit den Ministerpräsidenten von Sachsen, Thüringen und Brandenburg

Bei der Europawahl im Juni ist die AfD im Osten Deutschlands die stärkste Kraft geworden. Vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im September haben wir den Ministerpräsidenten der Länder drei Fragen zu ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie gestellt.

Herr Ministerpräsident Woidke, aktuelle Umfragen zeigen die AfD knapp vor der SPD als stärkste Fraktion im nächsten Brandenburger Landtag. Sehen Sie den Wirtschaftsstandort und damit Arbeitsplätze in Brandenburg mit einer starken AfD gefährdet?



Dietmar Woidke (SPD), Ministerpräsident von Brandenburg:

Hass, Demagogie und Spaltung bedrohen den Zusammenhalt, den Wohlstand und die Entwicklung unseres Landes. Brandenburg ist bei der wirtschaftlichen

Entwicklung ganz vorn im bundesweiten Vergleich. Wir sind attraktiv, und deswegen ziehen die Menschen zu uns. Um diesen Weg weiterzugehen und für die Menschen in unserem Land die guten Lebensbedingungen zu halten und weiter zu verbessern, brauchen wir eine weltoffene, demokratische Gesellschaft. Ich freue mich deshalb sehr, dass sich über 500 Organisationen, darunter viele größere und kleinere Unternehmen, der Initiative „Brandenburg zeigt Haltung!“ angeschlossen haben.

Herr Ministerpräsident Ramelow, die Kommunal- und Europawahlen im Juni haben gezeigt, dass die AfD trotz aller Skandale eine stabile Wählerschaft in Thüringen hat. Mit Bernd Höcke tritt die AfD mit einem Faschisten als Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen an. Die aktuellen Umfragen zeigen die AfD als stärkste Fraktion im nächsten Landtag. Was sind die Ursachen?

Bodo Ramelow (Die Linke), Ministerpräsident von Thüringen:

Politische Kräfte, die Heilsversprechen machen, dabei Gruppen von Menschen gegeneinander ausspielen und alle anderen Parteien, aber auch die Arbeit der Medien und der Gerichte nur noch verächtlich machen, sind eine Realität, mit der wir auch in Thüringen umgehen. Ich sehe es als meine Aufgabe, im Landtagswahlkampf diejenigen, die nicht die AfD wählen würden, weiter zu stärken. Ich werde für stabile Mehrheiten kämpfen und gegen eine Normalisierung von Faschismus im Alltag. Deshalb rede ich weniger über die 30 Prozent AfD und mehr über die 70 Prozent, die den Rechtsstaat verteidigen. Die werden sich nach dem Wahltag auch in Thüringen einigen müssen.



Herr Ministerpräsident Kretschmer, aktuelle Umfragen zeigen die AfD knapp vor der CDU als stärkste Fraktion im nächsten Sächsischen Landtag. Sehen Sie den Wirtschaftsstandort und damit Arbeitsplätze in Sachsen mit einer starken AfD gefährdet?



Michael Kretschmer (CDU), Ministerpräsident von Sachsen:

Was unsere Demokratie und unser Zusammenleben ausmacht und stärkt, ist der faire und an der Sache orientierte Dialog, die Suche nach Lösungen und Kompro-



Nihat Öztürk,
Vorstandsmitglied
des Kumpelvereins

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Ergebnis der Europawahl ist eine herbe Niederlage für alle demokratischen Kräfte. In Deutschland konnte sich die rechtsextreme AfD als zweitstärkste Partei behaupten, in den ostdeutschen Bundesländern ging sie sogar als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Dabei hat das Jahr hoffnungsvoll angefangen: Nach den Enthüllungen des Correctiv-Netzwerkes über die Vertreibungspläne der extremen Rechten gab es deutschlandweit die größten Demonstrationen gegen Rassismus seit Jahrzehnten. Offenkundig war dieses Engagement nicht nachhaltig und erreichte nur einen kleinen Ausschnitt der aufgeklärten Zivilgesellschaft. Schlimmer noch: Statt Fragen der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt zu stellen, stürzten sich die demokratischen Parteien auf Themen wie innere Sicherheit, Kriminalität, Migration und „Sozialmissbrauch“. Vor allem lieferten sie sich einen Überbietungswettkampf in Maßnahmen zur Abwehr von Flucht und Migration nach Europa. Diese Strategie hat sich als Konjunkturprogramm für die extreme Rechte erwiesen.

Eine Kursänderung der etablierten Parteien ist nicht in Sicht. Es steht zu befürchten, dass die AfD auch bei den kommenden Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen als Siegerin hervorgehen wird. Dennoch wollen wir die Hoffnung in die demokratische Vernunft der Wähler*innen nicht aufgeben und hoffen, dass sie den weiteren Aufstieg der Rechtsextremisten stoppen werden – bevor es hierfür zu spät ist.

**Euer Nihat
für den gesamten Vorstand
des Kumpelvereins**




missen. Das ist manchmal mühsam, aber es ist der richtige Weg. Dann gibt es jene, denen es nicht um Lösungen geht, die stattdessen Ängste schüren und Hass säen. Wir erleben eine zunehmende Radikalisierung in der AfD. Der Verfassungsschutz hat all dies schon seit einiger Zeit im Blick. Es ist ganz klar: Äußerungen und Wortmeldungen, die Hass, eine Polarisierung der Gesellschaft und am Ende sogar Gewalt erzeugen, sind nicht geeignet, für ein friedliches und gutes Miteinander zu sorgen. Dieser Kurs ist nicht überzeugend – und er ist natürlich auch nicht gut für den Wirtschaftsstandort. Der Wohlstand von Sachsen und den neuen Bundesländern, den wir 1990 angefangen haben aufzubauen, beruht auf Demokratie und Freiheit. Das ist der richtige Weg.

Save the date

Online-Abendtalk via Zoom am 05.09.2024, 18 Uhr Wahlen im Osten aus der migrantischen Perspektive

Mit Eter Hachmann, DaMOst (Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland e.V.) und Abdulaziz Bachouri, Faire Integration/ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.

 Alle Infos unter www.gelbehand.de/informiere-dich/veranstaltungen

 Die vollständigen Interviews mit den Ministerpräsidenten findet ihr in der Online-Ausgabe unseres Magazins. Antworten auf folgende Fragen warten auf euch:

*Laut der Jahresbilanz des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e. V.) sind die Zahlen rechter Vorfälle und Straftaten weiter angestiegen. Welche Maßnahmen treffen Sie, um Bürger*innen vor digitaler und physischer Gewalt zu schützen?*

„Demokratie verteidigen“ heißt es in fast jeder Rede auf Parteitag und Kundgebungen. Ist es nicht ein Zeichen für das Versagen der Politik, dass das „Demokratieförderungsgesetz“ nach Jahren der Diskussion immer noch nicht verabschiedet wurde?

 Die Antworten findest du unter www.gelbehand.de/meldung/hass-hetze-und-gewalt-sind-inakzeptabel



Werde Fördermitglied!

Wenn wir in einer offenen und von Akzeptanz geprägten Arbeitswelt und Gesellschaft leben möchten, müssen wir selbst aktiv werden. Sei auch du dabei und unterstütze uns als Fördermitglied unter www.gelbehand.de/foerdermitgliedschaft



Shop!

Unsere Materialien wie Aufkleber und Anstecker kannst du in unserem Online-Shop erwerben unter www.gelbehand.de/werde-aktiv/materialien



Neue Fördermitglieder

Wir können uns wieder über Zuwachs freuen! Gegen Rassismus und für Gleichbehandlung engagieren sich künftig zusammen mit uns:

Nina Bulić, ver.di, AV, Schwerin; **Thomas Butz**, IGBCE, Vorsitzender Vertrauensleute, Stolberg; **Walter Hüßhoff**, IGBCE, Gladbeck; **Franziska Koczy**, IGBCE, Gewerkschaftssekretärin, Köln; **Dieter Koppenhöfer**, IGBCE, Gewerkschaftssekretär, Mainz; **Nicolas Majcenić**, ver.di, AV, Schwerin; **Oliver Scheld**, IG Metall, 1. Bevollmächtigter, Greifenstein; **Daniel Taprogge**, ver.di, Bezirksgeschäftsführer, Schwerin; **Nesimi Temel**, ver.di, Kiel; **Dustin Tix**, IGBCE/ver.di, Gladbeck



Herzlich willkommen und vielen Dank für eure Unterstützung!



Europawahl: erschreckendes Ergebnis mit Ansage

Deutschland färbt sich zunehmend braun: in Gestalt der AfD. Trotz aller Skandale um die „suspendierten“ Spitzenkandidaten Maximilian Krahn und Petr Bystron erzielte die rechtspopulistische AfD bei der Europawahl ein Ergebnis von 15,9 Prozent. Unfassbar, aber erwartet.

Im Osten ist die AfD stärkste Kraft, im Westen mit starken Zugewinnen. Man kann sich die Frage stellen: warum? Die Partei, die maßgeblich von Rechtsextremist*innen gelenkt wird, steht für eine rassistische Politik, verbreitet gezielt Hass und Desinformation, greift Presse und Meinungsfreiheit an. Sie propagiert ein völkisches Frauenbild, leugnet den Klimawandel, gefährdet unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Zur deutschen Fußballnationalmannschaft erklärt der Faschist Bernd Höcke, thüringischer AfD-Chef, sie repräsentiere „Vielfalt statt Vaterland“. Also: zu viel Farbe, zu wenig Weiß. Krahn spricht von einer „Regenbogenmannschaft und Söldnertruppe“. Die Massenproteste gegen den AfD-Parteitag Ende Juni in Essen mit

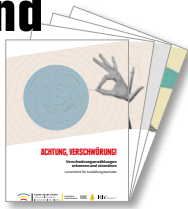
über 70.000 Teilnehmer*innen waren ein gutes Zeichen für unsere Demokratie. Aber neben dem Druck der Straße braucht es auch eine Politik, die die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gestaltet und den Bürger*innen erklärt.

Teurer Wohnraum, zum Teil marode Schulen, schlechte Infrastruktur, Herausforderungen beim Klimawandel, zu niedrige Renten (um nur einige Punkte zu nennen), all das muss gerecht gelöst werden. Da stehen die demokratischen Parteien in der Verantwortung. Sicher ist: Die AfD bietet keine Lösungen.

Die Redaktion bittet euch um eure Meinungen zu dem Thema. Schickt uns eine Mail unter info@gelbehand.de


Verschwörungserzählungen und Hate Speech

Neues Bildungsmaterial für die berufliche Bildung



Die neuen Lerneinheiten „Achtung, Verschwörungserzählungen!“ setzen sich mit Verschwörungserzählungen auseinander. Sie sind darauf ausgelegt, Berufsschüler*innen und Auszubildenden das nötige Grundlagenwissen zu vermitteln und sie für die Wirkung und Gefahrenpotenziale zu sensibilisieren.

Die beiden neuen Qualifizierungskonzepte „Digitale Demokratiekompetenz“ und „Von Verschwörungen und anderen Erzählungen“ dienen der Schulung des Fachpersonals in Ausbildungsbetrieben und berufsbildenden Schulen. Die jeweiligen Themenfelder – Hate Speech bzw. Verschwörungserzählungen – werden umfassend in Inputs und interaktiven Übungen behandelt.

 **Die Broschüren können als PDF unter www.gelbehand.de/informiere-dich/publikationen heruntergeladen oder unter info@gelbehand.de bestellt werden.**

„Das Grundgesetz ist unsere Brandmauer gegen rechts“

Eter Hachmann, Vorsitzende des Dachverbands der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst)

Ich bin eine von vielen Migrant*innen in Deutschland, die lange nicht wählen durfte. Ein erheblicher Teil der Menschen im wahlberechtigten Alter kann im Herbst nicht an die Wahlurnen treten und wählen. Das heißt, diese Menschen haben keine Stimme im politischen Sinne. Im Herbst werden in drei Bundesländern neue Landesparlamente gewählt. Diese erlassen Gesetze und schaffen damit einen Teil des Rechtsrahmens für die Menschen in den jeweiligen Ländern. Landesparlamente entscheiden außerdem über die Finanzierung von demokratiefördernden Projekten und somit auch über die Zukunft von migrantischen Vereinen,

denn wir sind zum großen Teil von Landesfinanzierungen abhängig. Ohne eine demokratische Mehrheit auf Landesebene sind wir nicht mehr handlungsfähig.

Was wünschen wir uns?

1. Wer wählen darf ist klar im Vorteil, gehen Sie bitte wählen!
2. Aus Protest isst man ungesundes Zeug oder rasiert sich die Haare ab, aus Protest wählt man keine Nazis in Parlamente, und das für viele Jahre!
3. Neutralität ist kein Schutzschild gegen Rechtsextremismus – gegenüber unserem Grundgesetz dürfen wir nicht neutral oder unpolitisch sein. Das Grund-

gesetz ist unsere Brandmauer gegen rechts und es kennt keine Neutralität gegen Rassismus, Hass und Hetze.



Die gebürtige Georgierin studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Tbilisi, Göttingen, Dresden und Leipzig und leitet seit 2023 das Sozialdezernat in Dessau-Roßlau.

Gegen Diskriminierung und Belästigung

Beratungs- und Beschwerdestelle bei der Liebherr-Werk Biberach GmbH

Beschäftigte dürfen nicht wegen ihrer ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, ihres Alters oder der sexuellen Identität oder Orientierung diskriminiert werden. Arbeitgeber sind verpflichtet, ihre Beschäftigten vor Diskriminierung zu schützen und müssen Betroffenen die Möglichkeiten geben, Fälle zu melden. Im Liebherr-Werk im oberschwäbischen Biberach hat der Betriebsrat diese Aufgabe übernommen.



Das Team der Beratungs- und Beschwerdestelle (v.l.n.r.): Diana Turejko, Maria Savchenko, Robert Zell, Petar Tasev, Sabrina Brugger, Gisela Gretschel

Die sechs Betriebsratsmitglieder der Fachgruppe „Familie und Beruf“ bilden die „Beratungs- und Beschwerdestelle“ in dem Werk, das knapp 1.600 Menschen beschäftigt. „Wer Diskriminierung welcher Art auch immer erfährt oder beobachtet, kann sich an uns wenden“, erklärt Betriebsratsmitglied Diana Turejko. Dann folgt ein festgelegter Prozess: „Erstmal reden wir mit der betrof-

fenen Person, klären den Sachverhalt und befragen ggf. Zeug*innen. Steht der Vorwurf fest, besprechen wir mit dem bzw. der Betroffenen das weitere Vorgehen. Danach suchen wir das Gespräch mit der oder dem Beschuldigten. Im Anschluss wird die betroffene Person über das Ergebnis dieses Gesprächs informiert und zusammen mit ihr legen wir die weiteren Schritte fest.

Je nach Sachlage wird an dieser Stelle auch die Personalleitung mit einbezogen, da nur diese arbeitsrechtliche Maßnahmen einleiten kann. Und wenn nötig, wird die Führungskraft des bzw. der Beschuldigten ebenfalls über die Beschwerde informiert. Aber alles in Absprache mit der betroffenen Person. Unser oberstes Ziel ist es, dass die Belästigungen und Diskriminierungen aufhören und der oder die Betroffene

Termine

- 04.09.: Workshop, NGG-Senioren in Ascheberg
- 10./11.09.: Infostand, Jahrestagung der IGBCE BWS in Hannover
- 10.09.: Vortrag, Betriebsversammlung bei Nuvisan in Berlin
- 12.09.: Workshop, Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V. LV Hessen in Frankfurt
- 14.09.: Workshop, ver.di Jugend Bayern in Brannenburg
- 19.09.: Vortrag und Infostand, Betriebsversammlung der Deutsche Post in Niederaula
- 25.09.: Vortrag, Betriebsversammlung bei Nokia in Nürnberg
- 30.09.: Vortrag, Vertrauensleute der Covestro in Gelsenkirchen

wieder mit einem guten Gefühl zur Arbeit kommen kann.“

Bei bisherigen Beschwerden ging es etwa um Mobbing oder sexuelle Belästigung. „Viele Fälle sind bei uns noch nicht aufgeschlagen. So manches wird bereits von guten Führungskräften abgefangen und im Team selbst geklärt. Rassistische Diskriminierungen sind uns bisher nicht gemeldet worden“, sagt Diana.

Gemeinsam widersetzen

Starke Aktionen gegen den AfD-Parteitag in Essen

Es war ein großer, bunter und entschlossener Protest, der der AfD im Herzen des Ruhrgebiets bei ihrem Bundesparteitag in Essen entgegentrat. Über 70.000 Menschen beteiligten sich an den Aktionen vom 28. bis 30. Juni und setzten ein wichtiges Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der AfD.


Infolge der Blockaden ab dem frühen Morgen konnte der Parteitag erst mit mehreren Stunden Verzögerung beginnen. An den vielen Aktionen beteiligten sich auch die Gewerkschaften und zahlreiche aktive Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben. In der IG Metall organisierte Arbeiter*innen von Tesla protestierten mit ihrer Teilnahme auch dagegen, dass ihr Chef, der Multimilliardär Elon Musk, die AfD offen unterstützt. Im ver.di-Aufruf hieß es: „Dass die AfD ihren Bundespartei-



tag ausgerechnet im Ruhrgebiet plant, ist eine Kampfansage an eine Region, die seit über 200 Jahren von Migration geprägt ist. Sie trauen sich aus ihren Komfortzonen heraus und wollen neue, größere Räume erobern. Wir wollen ihnen diese Räume nicht geben. Wir wollen uns der Raumnahme durch die AfD massenhaft widerset-

zen: mit Kundgebungen, Demonstrationen und kreativen Aktionen.“ Dies ist gelungen, auch mit Unterstützung vieler Aktiver aus dem Kumpelverein.



 www.widersetzen.com
www.muelheim-essen-oberhausen.dgb.de